

10. Weitere Besondere Vertragsbedingungen

10.1. Steuerabzug bei Bauleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

10.2. Ergänzung zu Nr. 2.2

Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe ist bei der Überschreitung von Zwischenterminen der Wert, der bis zu diesem Zeitpunkt vertragsmäßig zu erbringenden Leistung. Tage, die bei Überschreitung von Zwischenterminen in Ansatz gebracht worden sind, werden bei weiteren Zwischenterminen bzw. dem Endtermin bei der Berechnung der Vertragsstrafe nicht nochmals berücksichtigt.

10.3. Ergänzung zu 5.1

Die Rückgabe der Sicherheit für Mängelansprüche erfolgt nach vollständigem Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelrechte sowie Erfüllung der bis dahin erhobenen Ansprüche.

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt für Bauwerke, maschinentechnische und elektrotechnische Anlagen sowie für andere Werke, deren Erfolg in der Herstellung, Wartung oder Veränderung einer Sache besteht und für die von Feuer berührten Teile von Feuerungsanlagen grundsätzlich 4 Jahre.

10.4. Betriebshaftpflichtversicherung

Der Auftragnehmer hat bei Auftragserteilung den Nachweis über wirksames Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung, einschließlich einer Basisumweltdeckung für die Zeit der Auftragserfüllung für seinen Betrieb zu erbringen. Die Deckungssummen müssen pro Schadensfall mindestens betragen:

Euro **500.000** für Personenschäden

Euro **500.000** für sonstige Schäden

Durch die Haftpflichtversicherung wird der Umfang der Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber nicht eingeschränkt.

10.5. Bauwesenversicherung

Der Auftraggeber schließt eine Bauwesenversicherung ab, die den Auftragnehmer hinsichtlich der von ihm zu erbringenden Leistung einschließt. Bei einem Schadensfall wird der Auftragnehmer mit einem Selbstbehalt von **500,-- Euro** belastet. Die Beteiligung des Auftragnehmers an der Bauwesenversicherung beträgt **1,5 ‰** der Bruttoabrechnungssumme. Sie wird von der Schlussrechnung in Abzug gebracht.

10.6. Freistellungsbescheinigung / Rücknahme – Widerruf

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich, innerhalb von einem Werktag, von der Rücknahme oder dem Widerruf der Freistellungsbescheinigung schriftlich zu unterrichten. Für den Fall, dass keine gültige Freistellungsbescheinigung für eine Schlusszahlung vorliegt, gilt als Tag der Schlusszahlung die Zahlung an den Auftragnehmer, nicht die Zahlung an das Finanzamt. Die Mitteilung nach § 16 Nr. 3 Abs. 2 VOB/B ist daher nach der Zahlung an den Auftragnehmer zu machen und gemeinsam mit der Unterrichtung über die Höhe des Steuerabzugs dem Auftragnehmer zu übersenden.

10.7. Baureinigung und Schuttcontainer

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle durch ihn verursachten Abfälle (Bauschutt, Abbruch- und eigenes Verpackungsmaterial), Verunreinigungen und Beschädigungen auf dem Baugrundstück, den umliegenden Grundstücken sowie den öffentlichen Verkehrswegen grundsätzlich täglich zu beseitigen. Geschieht dies trotz Aufforderung der Bauleitung und unter Setzung einer angemessenen Nachfrist nicht, ist die Bauleitung nach Ablauf der Nachfrist berechtigt, eine Fremdfirma mit der Leistung zu beauftragen. Größeres Verpackungsmaterial ist direkt vom Auftragnehmer auf eigene Kosten abzufahren. Der Bauherr errichtet für die Maßnahme eine zentrale Baustelleneinrichtungsfläche mit Containern verschiedener Materialien und Fraktionen. Für die tägliche Schutt- und Abfallbeseitigung sind ausschließlich diese Schuttcontainer des Auftraggebers zu verwenden. Wird dies trotz Aufforderung durch die Bauleitung unterlassen, ist die Bauleitung berechtigt, eine Fremdfirma mit der Beseitigung zu beauftragen. Die Kosten gehen dabei zu Lasten des Auftragnehmers. Sind mehrere Auftragnehmer für die Unterlassung verantwortlich, erfolgt die Kostenumlegung nach billigem Ermessen der örtlichen Bauleitung. Die Kosten werden dem Auftragnehmer von der Schlussrechnung abgezogen (vgl. auch Punkt 10.10).

10.8. Baustrom / Bauwasser

Baustromversorgungs- und Bauwasserversorgungsanlagen werden durch den Auftraggeber erstellt und unterhalten. Die Abrechnung der Verbrauchskosten erfolgt direkt vom Bauherrn mit den entsprechenden Versorgungsunternehmen. Für die Nutzung des vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Baustroms / Bauwassers wird jedem Gewerk pauschal ein festgelegter Vomhundertsatz der Abrechnungssumme abgezogen (vgl. Punkt 10.10).

10.9 Rechnungsabzüge

Bauwesenversicherung (vgl. Punkt 10.5)	= 1,5 % der Bruttoabrechnungssumme
Baureinigung und Entsorgung (vgl. Punkt 10.7)	= 0,3 % der Bruttoabrechnungssumme
Baustrom / Bauwasser (vgl. Punkt 10.8)	= 0,3 % für Baustrom und 0,3 % für Bauwasser der Bruttoabrechnungssumme
Miete für Materialcontainer (vgl. Punkt 10.18)	= 0,2 % der Bruttoabrechnungssumme

10.10 Koordinationsbesprechungen

Es ist geplant, während der Errichtung vor Ort tägliche Koordinationsbesprechungen mit dem AN durchzuführen. Der Auftragnehmer hat hierzu auf Anforderung den Projektleiter bzw. dessen kompetenten Vertreter zu entsenden.

10.11. Bauleiter

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Baustelle während der gesamten Bauzeit mit einem, der deutschen Sprache mächtigen, Bauleiter besetzt zu halten, der verantwortlich die Einhaltung aller Sicherheitsmaßnahmen gemäß BayBO, Unfallverhütungsvorschriften, Arbeitsstättenrichtlinien, Auflagen der Berufsgenossenschaften überwacht und entsprechende Maßnahmen ergreift. Darüber hinaus ist der SiGe-Plan zu beachten und den Weisungen des SiGe-Koordinators Folge zu leisten. Die Verantwortung erstreckt sich auf die Baustelle und die angrenzenden Flächen, für die Verkehrssicherungspflicht besteht. Vom Auftragnehmer ist der firmeneigene verantwortliche Sicherheitsbeauftragte zu benennen.

10.12. Haftung

Über die Bestimmungen des § 4 Nr. 5, VOB-B hinaus übernimmt der Auftraggeber ebenso keine Haftung für auf der Baustelle gelagerte Materialien des Auftragnehmers.

10.13. Terminplan

Innerhalb von 14 Tagen nach Auftragserteilung ist vom Auftragnehmer auf Basis des Projektterminplanes (Architekt) ein detaillierter Terminplan vorzulegen. Die terminliche Abwicklung und zeitliche Kontrolle der Baudurchführung erfolgt mittels aufgestellten Balkenplänen und Terminlisten. Der Auftragnehmer erkennt diese Steuerung als verbindlich an. Er ist verpflichtet, auf Anforderung unverzüglich alle Angaben zu machen, die zur Steuerung des Projektes erforderlich sind (z.B. Dauer von Vorgängen, Abhängigkeiten, geplante bzw. vorhandene Kapazitäten).

10.14. Arbeitssicherheit

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftrag so auszuführen, dass das Gesetz über technische Arbeitsmittel, die maßgeblichen Unfallverhütungsvorschriften, andere Arbeitsschutzvorschriften sowie im Übrigen die „allgemeinen anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln“ beachtet werden.

Der SiGeKo hat Weisungsbefugnis in allen Belangen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes. Diese Weisungsbefugnis berührt nicht die Verantwortung der Unternehmen zur Einhaltung der einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften bzw. der sonstigen für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung geltenden Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Durchführungsanweisungen. Die vorgenannte Weisungsbefugnis befreit die Unternehmer ebenfalls nicht von ihrer Abstimmungspflicht mit anderen Unternehmern entsprechend der Unfallverhütungsvorschrift "Allgemeine Vorschriften" (VBG 1, § 6, Abs. 2) sowie der betreffenden Landesbauordnung. Siehe hierzu auch Baustellenordnung. Diese Verpflichtung ist ein Teil des Vertrages.

10.15. Aufzüge

Aufzüge im Bestand (Personen- oder Bettenaufzüge) des Klinikums dürfen von den Handwerkern grundsätzlich nicht benutzt werden.

10.16. Toiletten

Auf der Baustelle können keine eigenen Toiletten für alle Firmen aufgestellt werden. Eine Benutzung zentraler Bauarbeitertoiletten auf der BE-Fläche ist vorgesehen. Die Kosten hierfür trägt der AG.

10.17. Baustelleneinrichtung

Personal- und Materialcontainer werden durch den AG in der dafür vorgesehenen Fläche (BE Ost) zur Verfügung gestellt. Jeder AN hat Anrecht auf einen Personal- und einen Materialcontainer. Die Aufstellung firmeneigener Container ist aufgrund der beengten Platzverhältnisse nicht möglich.

Die Zuweisung von AN zum jeweiligen Container erfolgt durch den AG.

Die Übergabe zu Beginn und Rückgabe zum Ende der Bauausführung (inkl. Zustandsfeststellung) erfolgt schriftlich und wird durch die BL des AG dokumentiert. Etwaige Schäden am Container werden dem AN von der Rechnungssumme abgezogen.

Die Miete für den Materialcontainer wird mit einem Prozentsatz i.H.v. 0,2 % der Bruttoabrechnungssumme bei den jeweiligen Abschlagszahlungen fortlaufend in Abzug gebracht und ist bei der Angebotskalkulation entspricht einzupreisen.

Die Baustelleneinrichtungsfläche kann nur für das tägliche Be- und Entladen von Material angefahren werden. Es herrscht ein striktes Parkverbot (siehe Pkt. 10.18)

10.18 Parkkarten

Da auf der Baustelleneinrichtungsfläche keine Parkmöglichkeiten zur Verfügung stehen, werden den AN Parkkarten für angrenzende, kostenpflichtige Klinikparkplätze (siehe Baustelleneinrichtungsplan) zur Verfügung gestellt.

Pro Parkkarte/Fahrzeug wird eine Parkgebühr i.H.v. 10 €/Monat erhoben. Jedem AN können maximal zwei Parkkarten ausgegeben werden.

Der AN verpflichtet sich spätestens nach Abschluss der Arbeiten die Parkkarten wieder an den AG zurückzugeben.

Die Abrechnung erfolgt direkt über das Klinikum mittels separater Rechnungsstellung.

10.19. Hygiene und Sprache

Die Arbeiten sind größtenteils im Bereich der Intensivpflege zu leisten. Es ist deshalb auf die Hygiene besondere Rücksicht zu nehmen. Es darf nur einwandfrei gewartetes und gereinigtes, sowie rostfreies und neuwertiges Gerät verwendet werden. Das Handwerkerpersonal muss den in Mitteleuropa geltenden Hygienestandard unbedingt erfüllen (Kleidung, Auftreten, Sauberkeit). Die Vorarbeiter bzw. Aufsichtspersonen müssen der deutschen Sprache fließend in Wort und Schrift mächtig sein.

10.20. Verhalten auf der Baustelle

Hauseigenes Personal, Krankenschwestern etc. dürfen keinesfalls belästigt oder in ihrer Arbeit behindert werden. Verstöße hiergegen haben den sofortigen Ausschluss der Firma zur Folge. Schallträger (Radio etc.) sind im Haus nicht erlaubt.

Sämtliche Mitarbeiter des AN müssen während der Tätigkeit auf der Baustelle einen durch den AN selbst bereitgestellten Baustellenausweis (u.a. inkl. Firma, Bauabschnitt, Gewerk, Name des Mitarbeiters) sichtbar am Körper tragen. Bei Zuwiderhandlung droht ein Verweis der Baustelle.

10.21. Anmeldung von Nachunternehmer

Sämtliche Nachunternehmer sind offiziell beim AG vor Ausführungsbeginn anzumelden. Hierfür ist dem AG, ohne gesonderte Aufforderung, eine Auflistung der tätigen Nachunternehmer und deren Mitarbeiter zu übergeben. Die Liste hat nachfolgende Informationen zu den auf der Baustelle tätigen Arbeiter zu umfassen: Name, Nationalität, Geb. Datum, Nachweis der Sozialversicherung, und der Nachweis der Schutzimpfung gegen Masern.

Sollten diese Informationen nicht vorliegen, droht ein Verweis des Mitarbeiters / des Nachunternehmers der Baustelle.

10.22. Wege

Handwerker dürfen keinesfalls außerhalb der Baustelle durch andere Funktionsbereiche des Klinikgebäudes laufen. Verstöße hiergegen haben den sofortigen Verweis der Mitarbeiter vom Klinikgelände zur Folge.

10.23. Arbeitszeit

Für die Ausführung der Arbeiten gelten die Rahmenarbeitszeiten von Montag bis Samstag von 7.00 bis 20.00 Uhr. Lärmintensive Arbeiten dürfen nur zwischen 08:00 und 12:00 Uhr und 12:30 und 18:00 durchgeführt werden.

10.24. Vertragsstrafe

Für jeden Werktag der von ihm zu vertretenden Überschreitung der vereinbarten Einzelfristen ist ein Betrag von 0,1 % der Bruttoauftragssumme der zu der jeweiligen überschrittenen Einzelfrist fertig zu stellenden Teilleistung zu zahlen.

10.25. Abrechnungsunterlagen

Sämtliche Abrechnungsunterlagen sind grundsätzlich digital per E-Mail im pdf-Format mit allen Rechnungsanlagen an die Bauleitung mit Rechnungsanschrift des Bauherrn zu überstellen. Die

Abrechnungsunterlagen müssen das durch die Bauleitung des AG bestätigte Aufmaß enthalten. Parallel erhält der AG eine Ablichtung der Abrechnung (ohne Anlagen) per E-Mail im pdf-Format.

10.26. Sonstiger Schriftverkehr

Schriftverkehr mit dem Auftraggeber ist ausschließlich wie folgt zu führen:

- a) Schriftverkehr mit dem Bauherrn, über Behinderungen und deren Anzeige, Anmeldung von Nachträgen oder Vergütungsansprüchen, Bedenkenanmeldungen und Schreiben mit Auswirkungen auf den Inhalt des geschlossenen Bauwerkvertrages (Vertragsänderungen) per E-Mail an die Objektüberwachung. Der Bauherr erhält diesen Schriftverkehr im Original und in Ablichtung per E-Mail.
- b) alle anderen Schreiben per E-Mail an das beauftragte Planungsbüro.

Sollten sich durch einen Versand Verzögerungen oder andere Folgen ergeben, gehen diese ausschließlich zu Lasten des Auftragnehmers.

10.27. Nachtragsangebot (zu § 2 Nr. 5+6 VOB/B)

Für nicht im Angebot enthaltende oder geänderte Leistungen sind rechtzeitig unaufgefordert schriftliche Nachtragsangebote digital per E-Mail im pdf-Format direkt die Bauleitung einzureichen. Parallel erhält der AG eine Ablichtung der Angebotsunterlagen per E-Mail im pdf-Format.

Nachtragsangebote haben in jedem Fall neben den Einheitspreisen auch die zugehörigen Mengenangaben zu enthalten. Bei Nachtragsangeboten ist zu jeder Einzelposition eine detaillierte Kalkulation aufzustellen, aus der Material-, Geräte- und Lohnkosten sowie der Mittellohn und die Zuschlagsätze ersichtlich sind.

10.28. Abnahme (zu § 12 VOB/B)

Der Auftraggeber verlangt die förmliche Abnahme ab einer Auftragssumme von 10.000 € (ohne Umsatzsteuer). Der AN hat dem AG zu ermöglichen, die Abnahme durchzuführen. Sollte es der Baufortschritt mit sich bringen, dass Teile des Bauwerks für eine Abnahme nicht mehr oder nur mit erheblichem Aufwand, z.B. für Geräte und Gerüste, zugänglich sind, so hat der AN den AG rechtzeitig darauf hinzuweisen und ihm eine Sachstandsfeststellung zu ermöglichen. Soweit eine Abnahme vor einer eventuellen erforderlichen behördlichen oder technischen Abnahme erfolgt, gilt sie vorbehaltlich einschlägiger Auflagen aus dieser behördlichen oder technischen Abnahme.

10.29. Dokumentationsunterlagen

- Ausführungspläne/ Änderungen / Freigaben

Alle zur Freigabe der Ausführung seitens des AN vorzulegenden Pläne, Unterlagen und Prüfzeugnisse sind dem AG rechtzeitig, spätestens jedoch 4 Wochen nach Auftragserteilung, über das Projektkommunikationssystem des AG zu übergeben. Ausführung nach diesen Plänen erst nach Freigabe.

- Planvorlage

Vor Einreichung der Werkstattpläne ist dem AG ein Terminplan mit Vorlageterminen, Prüfumlaufzeiten, Freigabeterminen und Montageterminen vorzulegen, der alle Vertragstermine berücksichtigt. dem AG in PDF-Format und bei Bedarf in dwg-Format zu übergeben.

- Schlussdokumentation

Im Rahmen der Schlussdokumentation ist die gesamte Werkplanung dem AG über das Projektkommunikationssystem des AG zu übergeben. Dabei sind das CAD-Pflichtenheft und die Dokumentationsrichtlinien des AG zu beachten und die darin aufgestellten Regeln sind einzuhalten. Eine Auszahlung der Schlussrechnung erfolgt erst, wenn die notwendige Schlussdokumentation in Gänze vorliegt und in das Projektkommunikationssystem des AG eingepflegt wurde.

10.30. Mängelansprüche (zu § 13 VOB/B)

Der AG kann verlangen, dass vor Ablauf der Verjährungsfrist für die Mängelansprüche eine gemeinsame Besichtigung der Leistung stattfindet und dabei festgestellten Mängel in einem von beiden Vertragsteilen zu unterzeichnenden Protokoll niedergelegt werden.

Verweigert der AN die Teilnahme an der Besichtigung aus einem von ihm zu vertretenden Grund, so muss er den vom Auftraggeber festgestellten Mangel anerkennen. Der AN hat auch die Kosten für die Beseitigung von Schäden bei anderen Gewerken zu übernehmen, falls diese Schäden durch seine eigene mangelhafte Leistung verursacht wurden. Für genehmigungspflichtige technische Anlagen beginnt die Mängelanspruchsverjährungsfrist frühestens mit dem Tag der Genehmigung und Zulassung zum Betrieb. War neben mangelfreier Beschaffenheit der Leistung ein wirtschaftlicher oder technischer Erfolg ausbedungen, so gelten die hierzu erforderlichen Eigenschaften als vertraglich zugesichert.

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt für Bauwerke und für andere Werke, deren Erfolg in der Herstellung, Wartung oder Veränderung einer Sache besteht sowie für die von Feuer berührten Teile von Feuerungsanlagen grundsätzlich 4 Jahre.

10.31. Ort

Erfüllungsort und Gerichtsstand für den Auftragnehmer ist die Baustelle. Gerichtsstand ist, wenn der Auftragnehmer Kaufmann ist, Ingolstadt. Ansonsten gilt die gesetzliche Regelung.

10.32. Feuererlaubnisscheine

Damit während der Ausführung von feuergefährlichen Arbeiten kein unbegründeter Feueralarm ausgelöst wird, sind die einschlägigen Arbeiten im Vorfeld der zuständigen Objektüberwachung zu melden. Dies erfolgt durch die Einreichung eines vom AN ausgefüllten „Erlaubnisschein für feuergefährliche Arbeiten“ (siehe Blankovorlage als Anlage bei den Ausschreibungsunterlagen). Der Erlaubnisschein wird nach Freigabe durch die Objektüberwachung an die zentrale Leittechnik (ZLT) zur temporären Deaktivierung der Brandmeldeanlage übermittelt.

Sollte es aufgrund von unvollständigen und / oder fehlerhaften Angaben zu einem unbegründeten Feueralarm kommen, werden die daraus resultierenden Gebühren der Feuerwehr Ingolstadt i.H.v. 1.000 € brutto dem AN in Rechnung gestellt.

10.33. Mängelverfolgung mittels digitaler Software

Der AN ist verpflichtet eine digitale Mängelanzeige und Mängelbearbeitung zu akzeptieren und anzuwenden. Das zu verwendende Programm wird dabei durch die Objektüberwachung des AG vorgegeben. Dieses steht dem AN kostenfrei zur Verfügung. Zur Nutzung benötigte Hardware (PC, Tablet oder Mobiltelefon) ist durch den AN selbst zur Verfügung zu stellen. Die Applikation ist über Downloads aus dem Netz zu beziehen. Zur Nutzung der Applikation gibt der AN eine verbindliche E-Mail-Adresse ab. Die Nutzung der Applikation (Einstellungen / Nutzungsrechte) wird im Vorfeld zwischen AN und OÜ abgestimmt.

Mängel und Restleistungen an die Werkleistungen des AN, die über die Applikation dem AN bekannt gemacht worden sind, gelten als rechtsicher zugegangen.

10.34. Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, oder sollte sich eine Lücke herausstellen, so berührt dies die Gültigkeit aller übrigen Vertragsregeln nicht.

Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen.